

# Initiativ ...

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



## ... unsere Hauptforderungen

Die GEW kritisiert die Unterfinanzierung der Bildung massiv, die auch für die unsäglichen schulischen Bedingungen in der Inklusion verantwortlich ist.

### ■ JA – A13Z für Alle.

Mit der Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes (Masterabschluss) sollen künftig alle Lehrkräfte unabhängig vom Lehramt besoldungsrechtlich gleichgestellt werden.

■ Die **Lücke** bei der ungleichen Bezahlung von **tarifbeschäftigten** und verbeamteten **Lehrkräften** muss geschlossen werden.

■ Anreize, Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen an **schwierigen Schulstandorten** müssen geschaffen werden.

■ Zusätzliche Ressourcen für **Teilstandorte** zuweisen.

■ **Seiteneinsteiger\*innen** brauchen Ausbildung und berufliche Perspektiven.

■ **Inklusion** muss Aufgabe aller Schulformen sein.

Bisher hat die Landesregierung bei der Neuausrichtung der Inklusion nur Stellen im Haushalt vorgesehen. Das reicht nicht! 25-3-1,5 muss im Schulgesetz verlässlich verankert werden.

■ **Alternative Verkehrsmittel** wie Jobticket und Fahrräder ermöglichen.

■ Bessere Bezahlung für **Schulsozialarbeiter\*innen** nach der Entgeltgruppe E11.



[gew-nrw.de](http://gew-nrw.de)

**DIE GEW  
KÄMPFT FÜR  
gute  
ARBEIT**



# Ziemlich initiativ.



gew-nrw.de

## Unterstützung der Schulen bei der Integration neu zugewanderter Schüler\*innen durch Soziale Arbeit

Eine durch den HPR bei gemeinschaftlichen Besprechungen unermüdlich mit Ministerin Gebauer thematisierte Frage wurde endlich Anfang 2016 umgesetzt: Insgesamt 226 zusätzliche Stellen (Sozialpädagog\*innen, Sozialarbeiter\*innen) unterstützen die Schulen in ihrer Arbeit in den sogenannten „Multiprofessionellen Teams“. Die GEW Fraktion im HPR macht sich weiterhin für die Aufstockung der Stellen stark.

## Keine weitere Mehrarbeit für Klassenlehrer\*innen: Laufbahnberatung bleibt Aufgabe der Beratungslehrkräfte

In der Schule besteht für die verschiedensten Aspekte ein Beratungsbedarf bzw. -anlass. Da dies zeitlich und fachlich die „normalen“ Lehrkräfte überfordern würde, gibt es eine Reihe von Expert\*innen im Kollegium, die „Beratungslehrkräfte“. Bei der Neufassung des entsprechenden Erlasses (BASS 12-21 Nr. 4) wollte das MSB die Aufgabe der Schullaufbahnberatung, allein den Klassenlehrer\*innen übertragen. Dies hätte für diese eine nicht unerhebliche Mehrbelastung bedeutet. Wir haben erreichen können, dass dies wie bisher im Aufgabenkatalog der Beratungslehrkräfte verbleibt!

## Dienstliche Endgeräte für ZfSL bereits erreicht!

Fachleiter\*innen arbeiten ständig mit personenbezogenen Daten von Lehramtsanwärter\*innen. Es ist es ihnen derzeit oft nur möglich Gutachten auf privaten Endgeräten zu schreiben. Der HPR sieht dieses äußerst kritisch und hat deshalb auch hier eine Initiative gestartet. Dieser Antrag hat jetzt Wirkung gezeigt.

## LOGINEO NRW

Dem HPR war es von Beginn an wichtig, die Einführung und den Betrieb von LOGINEO NRW nicht durch die Vorgaben eines Erlasses zu regeln, sondern sich selber mit eigenen Vorschlägen für Regelungen in Form einer Dienstvereinbarung einzubringen. So konnte z.B. erreicht werden, dass von Lehrkräften keine ständige Erreichbarkeit per E-Mail auch außerhalb der Schule und die damit verbundene kurzfristige Erledigung von Aufgaben oder kurzfristiger Vertretungsunterricht erwartet werden kann. Der HPR sieht darin einen entscheidenden Beitrag den „Work-

## Ziemlich initiativ ...

Die GEW hatte die Personalratswahlen in den Gesamt- und Sekundarschulen mit großer Mehrheit gewonnen. Das bedeutet für uns auch einen großen Vertrauensvorsprung für unsere Arbeit, von der wir mit dem vorliegenden Flyer berichten wollen.

Die Personalratsarbeit der GEW-Fraktion besteht aus individuellen Hilfen bei Versetzungsanträgen oder Eingruppierungsfragen für einzelne Beschäftigte. Für den Einzelnen konnten wir oft viel erreichen und zur Verbesserung seiner individuellen Situation beitragen. In Initiativanträgen können wir selbst initiativ werden und Regelungen und Verbesserungen im Sinne der Beschäftigten zu erreichen. Unsere Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen von Beteiligungsverfahren für die vom MSB bereits verfassten Erlasse sind durch die rechtlichen Rahmenbedingungen dagegen eingeschränkt. Aber auch hier bringen wir uns immer wieder konstruktiv mit Änderungs- und Erweiterungsvorschlägen ein oder erkämpfen, sofern es sein muss, unsere Beteiligungsrechte vor Gericht.

Jochen Bauer und Karin Grube für die GEW-Fraktion

## Kleine Schritte zur Entlastung und zu mehr Gerechtigkeit:

Der GEW-Hauptpersonalrat konnte dem MSB vermitteln, dass umfangreiche Fortbildungen Zeitressourcen und Unterstützung für die Schulen benötigen, ohne in erheblichem Maß Unterrichtsausfall oder Mehrarbeit zu produzieren. Für die Fortbildung „Schulen auf dem Weg zur Inklusion“ hat das MSB den Schulen nun eine Systemzeit mit 4 zusätzlichen LWSt zugestanden und das Landesinstitut QUA-LiS damit beauftragt, Organisationsformen zu entwickeln, die Freiräume und Zeit für bestehende Fortbildungsangebote schaffen.

## Laufbahnwechsel verlässlich gemacht

Seit fast 30 („dreißig“!!) Jahren versagt die Politik in NRW bei dem Problem, dass man zwar viele Lehrkräfte für die Sek II (A13Z) ausbildet, ihnen aber anschließend in vielen Fällen nur Stellen für die Sek I (A12) anbietet – es blieb für die meisten Be-

Privacy-Konflikt“ zu minimieren. Da diese Regelung nur für die dienstliche Kommunikation innerhalb von LOGINEO NRW gilt, setzt sich der HPR derzeit dafür ein, dass diese Regelung für sämtliche in Schulen stattfindende elektronische Kommunikation anzuwenden ist.

## Dienstliche Endgeräte für alle!

Auf allen in den Bezirken stattfindenden Personalversammlungen ist das Thema „Nutzung von privaten Endgeräten“ mittlerweile Top-Thema. Kolleg\*innen sehen sich nicht in der Lage ihre privaten Endgeräte nach den Vorgaben des MSB so zu konfigurieren, dass sie die datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfüllen und damit eine persönliche Haftung ausgeschlossen ist. Ein Rechtsgutachten des parlamentarischen Dienstes der Landesregierung hat jetzt herausgestellt, dass alle Lehrkräfte mit dienstlichen Geräten auszustatten sind. Der HPR hat daraufhin dazu einen Initiativantrag gestellt, Lehrkräfte in den nächsten 3 Jahren mit dienstlichen Endgeräten auszustatten.

## Spürbare Entlastung ist die beste Gesundheitsförderung

Deshalb machen wir im MSB immer wieder deutlich: Die Kolleginnen und Kollegen brauchen mehr Entlastung, denn die weiter zunehmenden Aufgaben in unseren Schulen gefährden die Gesundheit der Lehrkräfte.

Erreicht haben wir die Mitbestimmung zum Jahresplan Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Mittel für den Arbeits- und Gesundheitsschutz wurden erheblich von 6,3 Mio. € in 2017 auf 11,9 Mio. € in 2018 und 2019 ausgeweitet. Die Auswertung der COPSOQ-Befragung wurde unterstützt durch Initiativanträge zur Einrichtung von Workshops für Lehrerräte. Im Arbeitsplan Arbeits- und Gesundheitsschutz wurde die Einrichtung eines Supervisionsangebots für die Beschäftigten in Schulen verankert.

Die COPSOQ-Befragung hat gezeigt: Lärm, Work-Privacy-Konflikt, Umgang mit körperlicher und verbaler Gewalt und mangelnde Führungsqualität belasten die Lehrkräfte stark. Wir sind der Meinung, dass die Rahmenbedingungen für Schulen durch Haushaltsvorgaben und andere gesetzliche Vorschriften (Pflichtstundenreduzierung, Erhöhung der Anrechnungsstunden, kleinere Klassen etc.) verbessert werden müssen. Wir drängen darauf: Es darf nicht bei den Erhebungen von Problemen bleiben. Maßnahmen müssen so getroffen werden, dass sich vor Ort die Bedingungen spürbar verbessern.

troffenen jahrelang nur eine vage Hoffnung mit vielen Hindernissen auf den sogenannten „Laufbahnwechsel“ von A12 nach A 13Z. Nun haben die beharrlichen Bemühungen der GEW und die für das Land prekäre Situation am Arbeitsmarkt für Lehrkräfte in der Sek I eine erste positive Wendung gebracht: Bei Neueinstellungen im Bereich der Sek I erhalten nun Lehrkräfte mit dem Lehramt Gy/Ge (Sek II) eine verlässliche Zusage, nach vier Jahren einen Laufbahnwechsel auf eine Sek II-Stelle angeboten zu bekommen! Für die Kolleg\*innen an den Gesamtschulen und Sekundarschulen, denen bisher seit Jahren der Laufbahnwechsel verwehrt bleibt, versuchen wir eine Perspektive zu schaffen.

## Integration und Deutschförderung von neu zugewanderten Schüler\*innen dürfen keine Sackgasse werden!

Ziel der schulischen Integration muss sein, die betroffenen Schüler\*innen durch eine intensive Deutschförderung möglichst schnell und umfassend in den Schullalltag zu integrieren und sie einem Bildungsgang zuzuordnen, der sie zu dem bestmöglichen Schulabschluss führt.

Der HPR erkämpfte sein Mitbestimmungsrecht vor Gericht und erreichte eine Reihe von Verbesserungen, dazu gehören z.B., dass

- Die separate und vom Schullalltag abgekoppelte Einschulung in sogenannten Teilstandorten nur begründet und zeitlich begrenzt erfolgen darf.
- Die Anwendung der „Leitlinien für Personalmaßnahmen bei schulorganisatorischen Veränderungen“ gestalten den Einsatz der Kolleg\*innen sozial verträglich.
- Die Schule kann innerhalb der ersten 2 Jahre des Schulbesuches von neu zugewanderten Schüler\*innen auch nach der Jahrgangsstufe 6 einen Antrag auf Ermittlung des Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung stellen.
- Kolleg\*innen, die in der Sprachförderung unterrichten, durch eine Qualifizierung in DaF und DaZ unterstützt werden.

## Und dann noch...

### ... unsere weiteren Hauptforderungen

- Die GEW kritisiert die Unterfinanzierung der Bildung massiv, die auch für die unsäglichen schulischen Bedingungen in der Inklusion verantwortlich ist. Dem sich lang anbahnenden Lehrkräftemangel hätte man längst wirksam begegnen können. Die GEW ergreift die Initiative und fordert:
  - **JA - A13Z für Alle.** Mit der Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes (Masterabschluss) sollen künftig alle Lehrkräfte unabhängig vom Lehramt besoldungsrechtlich gleichgestellt werden.
  - Die Lücke bei der ungleichen Bezahlung von **tarifbeschäftigten** und **verbeamteten Lehrkräften** muss geschlossen werden. Die Einführung einer sog. Paralleltabelle für Tarifbeschäftigte muss her – A12 muss EG 12 entsprechen.

- Anreize und bessere Arbeitsbedingungen an schwierigen Schulstandorten schaffen, z.B. durch eine Verteilung von Ressourcen und Stellen nach einem **Sozialindex**.
- Zusätzliche Ressourcen für **Teilstandorte** zuweisen.
- **Seiteneinsteiger** brauchen Ausbildung und berufliche Perspektiven.
- **Inklusion** muss Aufgabe aller Schulformen sein. Bisher hat die Landesregierung bei der Neuaufrichtung der Inklusion nur Stellen im Haushalt vorgesehen. Das reicht nicht! Die Rahmenbedingungen für 25-3-1,5 müssen gesetzlich verankert werden, damit wirkliche Qualitätsstandards erreicht werden können.
- **Alternative Verkehrsmittel** wie Jobticket und Fahrräder ermöglichen.
- Bessere Bezahlung für **Schulsozialarbeiter\*innen** nach der Entgeltgruppe E11.